

Philip Morris-Studie  
zur Lebenswirklichkeit  
in Deutschland

# WIE WIR *WIRKLICH* LEBEN



PHILIP MORRIS GMBH

2022

<b>1 – Einleitung</b>	<b>3</b>
<b>2 – Methode und Vorgehen</b>	<b>16</b>
<b>3 – Ergebnisse</b>	<b>20</b>
<b>4 – Fazit</b>	<b>38</b>

1

# Einleitung

## **Die Krisen der letzten Jahre – Wegbereiter für Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie?**

**In den letzten Jahren wurden wir als Gesellschaft mit einer Vielzahl an Krisen konfrontiert: Der Klimawandel, die Coronapandemie und zuletzt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Diese Entwicklungen lösen bei den einigen Bürger:innen Unsicherheit und Ängste aus. In der öffentlichen Diskussion entsteht der Eindruck, dass infolge dessen bei manchen Bürger:innen das Vertrauen in die Politik zurückgeht. Die Methoden und Prozesse der Entscheidungsfindung in einer repräsentativen Demokratie scheinen demnach in Frage gestellt zu werden.<sup>1</sup>**

<sup>1</sup> Best et al., 2019

Dem Eindruck nach haben manche Bürger:innen immer mehr Zweifel daran, wie die aktuellen Krisen in Politik und Gesellschaft bewältigt werden. Zwar herrscht dabei keine Einigkeit darüber, wie alternative Aushandlungs- und Lösungswege aussehen sollten, allerdings zeichnen sich in Befragungen und Studien drei grundlegende Wünsche ab: Komplexitätsreduktion, klare Handlungsanweisungen und starke Führung. Diese Anforderungen spiegeln ein Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz wider, weshalb sie im Kontext der aktuellen Krisenzeiten nachvollziehbar sein mögen. Jedoch könnten sie unter bestimmten Bedingungen zu einer Gefahr für unsere Demokratie werden.

Wie also kann dieser Entwicklung begegnet und eine breite Unterstützung für unsere Demokratie gefördert werden? Mit diesen Fragen möchte sich die vorliegende Ausgabe der von Philip Morris beauftragten Studienreihe „Wie wir *wirklich* leben“ auseinandersetzen. Zur Durchführung der Studie konnte erneut das renommierte rheingold Institut gewonnen werden. Um Antworten auf und Lösungsansätze zu den oben angeführten Fragen zu liefern, ist es entscheidend, die befragten Bürger:innen besser zu verstehen, die unserem politischen System ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehen.

Daher konzentriert sich diese Studie auf zwei in den Politikwissenschaften definierte Sichtweisen. Beide sind durch eine Kritik an den Prozessen, Institutionen und Akteuren der repräsentativen Demokratie gekennzeichnet. Das Ziel der Untersuchungen ist es herauszufinden, wie verbreitet die Konstrukte sind, ob sie eine Reaktion auf die aktuellen Krisen sind und in welchem Verhältnis sie zueinanderstehen.

Die erste Sichtweise wird in weiterer Anlehnung an den Philosophen und Politikwissenschaftler Jason Brennan als „Expertokratie“ beschrieben. Personen, die diese Strömung angehören, trauen der Gesamtheit der gewählten Volksvertreter die Bewältigung der aktuellen Krisen nicht oder nicht mehr zu. Anstelle der Abgeordneten wünschen sie sich Expert:innen als Entscheidungsträger. „Populismus“ ist die zweite Sichtweise, die in der Studie näher untersucht wird. Mithilfe direkt-demokratischer Verfahren soll hier das Volk und eben nicht eine als amoralisch wahrgenommene Elite im Zentrum der Entscheidungen stehen.

Zwar stehen beide abstrakt definierten Sichtweisen im Konflikt mit der repräsentativen Demokratie, unterscheiden sich inhaltlich aber deutlich, und werden in politikwissenschaftlichen Theorien als Gegenpole gesehen. Expertokrat:innen trauen demnach den gewählten Abgeordneten nicht zu, auf die zunehmend

komplexeren Fragen sachlich richtige Antworten zu finden. Expert:innen, die sich durch fachliche Kompetenz und politische sowie finanzielle Unabhängigkeit auszeichnen, sollen an ihre Stelle treten. Damit sollen objektiv „richtige“ Entscheidungen getroffen werden. Meinungen, die nicht auf fachlicher Kompetenz beruhen, sollen hingegen vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden. Dieser Punkt steht dem Grundgedanken unserer Demokratie entgegen.

Demgegenüber gehen Populist:innen grundsätzlich davon aus, dass Eliten, so auch die Politik, korrupt, amoralisch und nur auf den eigenen Vorteil, nicht aber auf den der Bürger:innen bedacht seien. Deswegen solle das Volk die politischen Entscheidungen treffen. Jedoch wird in dieser Sichtweise das Volk als eine Einheit verstanden. Damit werden Meinungen, die nur von wenigen vertreten werden und im Gegensatz zur mehrheitlichen Meinung stehen, gänzlich vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen. Dies kann dazu führen, dass ganze Gesellschaftsgruppen kein Gehör mehr finden, was mit unserer Demokratie ebenfalls nicht vereinbar ist.

Es ist das übergeordnete Anliegen der Studienreihe, die repräsentative Demokratie und ihre liberalen Grundwerte zu fördern. Spezifisches Ziel der vorliegenden Studie ist es, die zwei Strömungen Populismus und Expertokratie besser zu verstehen sowie zu untersuchen, wie weit sie in Deutschland verbreitet sind und warum die befragten Bürger:innen diese Einstellungen gegebenenfalls teilen. Denn wenn wir die Gründe für die Unterstützung Expertokratie und des Populismus unter Bürger:innen besser verstehen, erlaubt uns dieses Verständnis Rückschlüsse darauf zu ziehen, wie man ihnen entgegenwirken und den Zuspruch für unsere Demokratie fördern kann. Wir möchten uns mit der Studie auch dafür einsetzen, den gesellschaftlichen Diskurs von einem problemzentrierten hin zu einem lösungsorientierten zu verschieben. Statt solitärer Krisendiagnosen und dem Beklagen von Missständen braucht es den Austausch über Lösungsansätze, Zukunftsmodelle und den Beitrag aller, um unsere Demokratie dauerhaft zu stärken.

## Fokus 2022: Wieso Populismus und Expertokratie?

Die parlamentarische repräsentative Demokratie basiert als Regierungssystem in Deutschland auf der Wahl von Abgeordneten, welche die Interessen von Bürger:innen repräsentieren sollen. Das Parlament soll damit ein möglichst genaues Abbild der unterschiedlichen parteipolitischen Präferenzen der Wähler:innen am Wahltag sein. Die gewählten Abgeordneten vertreten die Bürger:innen im Prozess der politischen Entscheidung und verantworten diese Entscheidung auch Kraft ihrer demokratischen Legitimierung durch die Wahl. Ihr Auftrag ist es, unterschiedliche politische Positionen ihrer Wähler:innen in der politischen Entscheidungsfindung zu vertreten. In der Folge garantieren sie den für die parlamentarische repräsentative Demokratie zentralen Prozess der Aushandlung zwischen unterschiedlichen Interessen. Auf diese Weise sichern sie die Repräsentanz politischer Vielfalt. Zugleich sind Kompromisse die zwingende Folge von Aushandlungsprozessen. In Deutschland findet diese Repräsentation und Aushandlung auf mehreren Ebenen statt, zum Beispiel im Bundestag und den Landtagen, aber auch auf kommunaler Ebene. An diesen stören sich sowohl Expertokrat:innen wie auch Populist:innen. Für Expertokrat:innen verwässern Kompromisse die „objektive Wissenschaft“ und damit die vermeintlich „reine Wahrheit“. Ein in seinem Kern bemerkenswert ähnlicher Vorwurf der Verwässerung kommt auch von Seiten der Populist:innen, die ihrerseits von einem „reinen Volkswillen“ ausgehen.

In politikwissenschaftlichen Theorien sind sowohl das Konstrukt der Expertokratie als auch das des Populismus mit Vorstellungen davon verbunden, wie und von wem politische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden sollten. Beide lehnen in ihrer Konsequenz die Methoden zur Entscheidungsfindung der repräsentativen Demokratie ab: Beide gehen von einem Defizit in ihrer Funktionsweise aus und zeichnen einen Entwurf, wie politische Entscheidungsfindung stattdessen ablaufen sollte. Beide Theorien haben ihren Ausgangspunkt in einer Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie.

Die Corona-Pandemie bot als schwerwiegende Krise unserer Gegenwart für beide Sichtweisen Potential für Kritik gegenüber dem gegenwärtigen System: Eine Pandemie ist für Gesellschaft und Politik gleichermaßen schwierig zu verstehen. Expert:innen verschiedener Fachgebiete traten prominent auf den Plan, um Entwicklungen zu erklären und Empfehlungen hinsichtlich adäquater Maßnahmen zur Beherrschung des Coronavirus auszusprechen. Viele zeitkritische Entscheidungen mussten von der Politik in hohem Tempo getroffen werden. Die ergriffenen Maßnahmen hatten starke Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen. Auch hat die Pandemie die ökonomische Lage vieler Bürger:innen verschlechtert.

Gesellschaftlich haben die Entwicklungen für ein angespannteres Klima gesorgt. Es verschafften sich Stimmen Gehör, die ihre Unzufriedenheit mit dem Umgang mit dem Coronavirus öffentlich artikulierten. Die Kritik besaß dabei eine sehr große Bandbreite, von sachlichen Anmerkungen bis hin zur öffentlichen Äußerung von Verschwörungstheorien im radikalsten Fall.



## Populismus

In politikwissenschaftlichen Theorien zu Populismus und den damit einhergehenden Vorstellungen ist das Volk das zentrale Element. Es ist gleichbedeutend mit der gesellschaftlichen Mehrheit. Diese wird als eine homogene Einheit verstanden: Das Volk ist somit auch nur in der Lage, *einen* gemeinsamen Willen, die gleichen Interessen, die gleichen Werte und Vorstellungen und die gleichen Ängste zu haben. Das Volk ist in populistischen Vorstellungen nicht notwendigerweise durch beispielsweise nationale Zugehörigkeit definiert. Vielmehr wird ein vages „Wir“<sup>2</sup> angesprochen, das je nach Kontext unterschiedlich verstanden werden kann.<sup>3</sup>

Der Politikwissenschaftler Cas Mudde benennt neben der Vorstellung des Volkes zwei weitere konstitutive Elemente von Populismus:

„I define populism as *an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people.*“<sup>4</sup>

Der Populismus wird durch eine Vorstellung charakterisiert, in der ein grundlegender Gegensatz zwischen einem „guten Volk“ und einer „korrupten Elite“ herrscht. Die Unterteilung der Gesellschaft in Volk und Elite basiert auf dieser rein moralischen Unterscheidung und erfolgt nicht über eindeutig feststellbare Kriterien, beispielsweise sozioökonomische Stellung.<sup>5</sup>

Die Elite, so die Vorstellung, beherrscht das Volk. Ihr wird vorgeworfen, das Volk um die ihm eigentlich zustehende Macht beraubt zu haben und ausschließlich nach eigenem Interesse zu handeln. So steht eine machtvolle Elite gegen ein machtloses, von der Elite unterdrücktes Volk. Die Elite ist – wie das Volk – als Element populistischer Vorstellungen nicht eindeutig definiert und kann somit verschiedene mächtige Bereiche der Gesellschaft umfassen.

In Muddes Definition wird als letztes inhaltliches Element populistischer Vorstellungen der „*volonté générale*“<sup>3</sup> genannt. In der populistischen Vorstellung ist das Volk der einzige rechtmäßige Herrscher. Die Forderung, die daraus folgt, ist,

2 Lewandowsky et al., 2016, S. 520

3 z.B. Ernst et al., 2017; Mudde & Kaltwasser, 2013; Wirth et al., 2016

4 Mudde, C., 2004, S. 543

5 Engesser et al., 2017; Mudde, 2004; Rooduijn, 2019

dass der Wille des Volkes direkt und unverfälscht durchgesetzt werden muss. Damit einher geht die Ablehnung repräsentativer Politiken oder politischer Kompromisse, da beides den Willen des Volkes verfälschen würde. Demgegenüber werden direktdemokratische Verfahren favorisiert. Durch die antipluralistische Konzeption des homogenen Volkes kann (und muss) der Mehrheitsentscheid im populistischen Verständnis als Legitimationsgrundlage politischer Entscheidungen dienen.<sup>6</sup>

**6** Canovan, 1999; Lewandowsky et al., 2016; Mudde, 2017

## Expertokratie

Der Begriff Expertokratie bezeichnet eine Regierungsform, in der wissenschaftlich-technische Expert:innen die Herrschaft ausüben. In der verwandten Form der Epistokratie (*episteme* = Wissen) machte sich bereits Platon mehr als 300 Jahre vor der Zeitenwende für eine Herrschaftsform stark, die auf der Grundlage des Wissens begründet sein sollte. In seiner Schrift „Politeia“ argumentiert Platon für eine sogenannte „Philosophenherrschaft“, in der „die politische Macht und die Philosophie in eines zusammenfallen“ sollten.<sup>7</sup> Im Zuge der Herausbildung der Wissensgesellschaft ist die herausgehobene Stellung von Philosoph:innen der von Wissenschaftler:innen gewichen. In der modernen Form der Expertokratie wird argumentiert, dass es für politische Probleme eine objektiv beste Lösung gibt. Um diese Optimallösung zu finden, benötigen Gesellschaften demnach Expert:innen, die über herausgehobenes Wissen in den jeweiligen Problembereichen verfügen.

Von diesem Fundament aus bilden sich verschiedenen Spielarten der Expertokratie heraus.<sup>8</sup> Viel diskutiert wurden vor einigen Jahren die Thesen des US-amerikanischen Philosophen und Politikwissenschaftlers Jason Brennan: An der Herrschaftsausübung sollen fortan nur noch jene beteiligt werden, die ausreichend Politikkompetenz nachweisen können.<sup>9</sup> Zu ihrem eigenen Wohle, so wird argumentiert, würde ein großer Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungsfindungen ausgeschlossen werden. Das dahinterliegende Ziel ist die erwähnte „Herrschaft der Wissenden“, eine moderne Epistokratie, in der Expert:innen ohne gewähltes Mandat politische Entscheidungen treffen. Zweifelsfrei gehen nicht alle Befürworter:innen einer intensiveren Einbindung von wissenschaftlichen Erkenntnissen in politische Entscheidungsprozesse so weit, breiten Teilen der Bevölkerung das Wahlrecht abzusprechen. Allerdings liegt dieser Denkrichtung eine elitäre Auffassung darüber zugrunde, wer die Entscheidungen in einer politischen Gemeinschaft treffen sollte. Die Wahrnehmung zunehmender Komplexität in der globalen Politik führt demnach zu einer Überforderung der „einfachen Leute“.

Werden Probleme als zu komplex für Wähler:innen angesehen, werden auch Zweifel an der Eignung der gewählten Politiker:innen breit. Der Denkschule

7 Streng betrachtet lässt Platon seinen Gelehrtenvater Sokrates in einem fiktiven Dialog für diese Position argumentieren.

8 Siehe allgemein zur Begriffsentwicklung: Münkler, 2020

9 Brennan, 2016

folgend seien Fachleute, Expert:innen und Wissenschaftler:innen, die sich in einem Fachbereich spezialisiert haben, geeigneter. Zusätzlich werden Kompromisslösungen – und damit Abweichungen von der „Optimallösung“ – infolge von Parteiverhandlungen in vielen Fällen negativ aufgenommen.

Die Sichtweisen erscheinen aus mehreren Gründen besonders in aktuellen Krisenzeiten als geeignet, sich gesellschaftlich zu verfestigen und zu verbreiten: Beide liefern eine Komplexitätsreduktion durch entweder einen einzigen Entscheid durch das Volk (Radikale Vereinfachung) oder durch die wissenschaftliche „Optimallösung“ (Auslagerung von Komplexität an Spezialisten). Diesen Entscheidungen oder Lösungen ist in beiden Konstrukten Folge zu leisten – Aushandlungen sind nicht vorgesehen, beide Perspektiven lehnen Kompromisse ab und liefern damit eine vermeintlich „klare Führung“. Daher könnten sie genau das vermitteln, was sich unzufriedene Teile der Bevölkerung in Krisensituationen vermeintlich wünschen: Ein Gefühl von Schutz und Sicherheit.

Gleichzeitig verbinden sich beide Perspektiven inhaltlich insbesondere mit der Corona-Pandemie und daraus resultierender Unzufriedenheit mit der Politik: Einerseits wird der Wunsch nach Expert:innen als politische Entscheider:innen artikuliert – diese traten mit Corona politisch prominent auf den Plan und haben häufig für oder gegen eine bestimmte politische Maßnahme argumentiert. Andererseits beharren populistische Perspektiven auf der Relevanz des „Volkswillens“ in Demokratien – besonders während der Hochphasen der Corona-Pandemie wurde ebenfalls von Teilen der Bevölkerung der Zweifel an der demokratischen Legitimität der ergriffenen Maßnahmen artikuliert, hätte das Volk doch über diese nicht abgestimmt.

## Abbildung 1: Theoretische Bestandteile der Konstrukte Expertokratie und Populismus

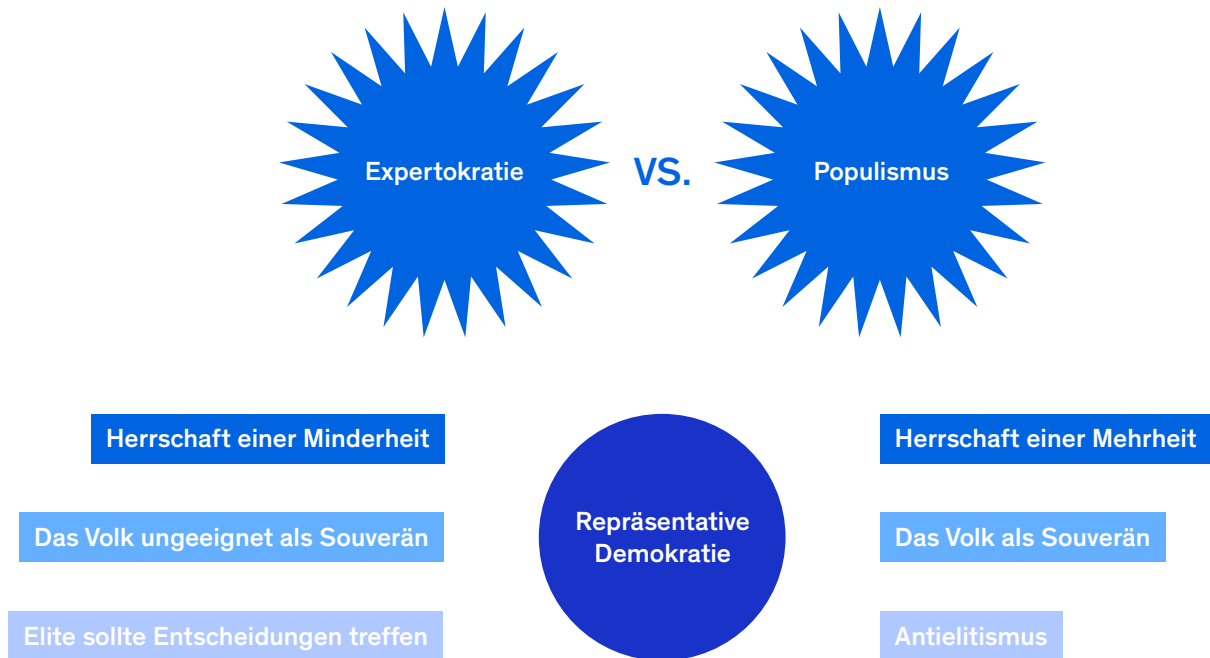


Abbildung 1 fasst die inhaltlichen Elemente beider Konstrukte zusammen und zeigt, dass beide gegensätzliche Auffassungen von politischer Entscheidungsfindung und -durchsetzung vertreten. Beide Sichtweisen lehnen dabei die repräsentative Demokratie ab: Populistischen Vorstellungen liegt eine antipluralistische Sicht auf die Gesellschaft zugrunde, in der Interessen von Minderheiten keine Rolle spielen. Von Populist:innen favorisierte Mehrheitsentscheide in direkt-demokratischen Verfahren machen Repräsentant:innen und parlamentarische Aushandlung überflüssig. Die Ablehnung einer vermeintlichen Elite schlägt sich dabei in einer radikalen Ablehnung aktueller Repräsentant:innen nieder. In der Expertokratie hingegen wird das Volk entmündigt – hier spielen Wahlen keine Rolle mehr, und die Entscheider:innen sind von der Repräsentation der Interessen der Bürger:innen befreit. Die Verbreitung beider Perspektiven in der deutschen Bevölkerung wäre damit problematisch für die gesellschaftliche Unterstützung der Demokratie.

Gleichzeitig gibt es eine zweite gesellschaftliche Gefahr, die von beiden Perspektiven ausgeht: Da sie zwei genau gegensätzliche Alternativen zur repräsentativen Demokratie darlegen, könnten beide Strömungen auch gegeneinander

konkurrieren. In diesem Szenario beharren beide Gruppen als Reaktion auf geäußerte Positionen und politische Handlungen der jeweils anderen immer stärker auf ihren Standpunkten. Damit entfernen sie sich immer weiter voneinander, es besteht das Potential einer gesellschaftlichen Aufspaltung durch beide Gruppen, wie sie in anderen Demokratien in Teilen bereits zu beobachten sind.

## **Ziele der Studie**

Erstens wird untersucht, inwieweit und aus welchen Gründen, Expertokratie und Populismus als Gegenentwürfe zur parlamentarischen repräsentativen Demokratie in der deutschen Gesellschaft verbreitet sind. Um einer möglichen Gefahr für unsere Demokratie vorbeugen zu können, wird geprüft, ob sie aufgrund aktueller Krisen vielleicht weiter verbreitet sind, als bisher wahrgenommen.

Zweitens untersucht die Studie beide Perspektiven darauf hin, ob sie zu einer Konkurrenz zueinanderstehen, da diese ein Potenzial für politische Verwerfungen gegenüber dem von unserer politischen Ordnung vorgesehenen Prinzip der repräsentativen Demokratie liefern würde.

2

# Methode und Vorgehen



Die Studie beruht auf die Datenerhebungen und die Auswertungen der spezialisierten qualitativen Forschung des rheingold Instituts, das durch tiefenpsychologische Marktforschung, digitale Instrumente und Auswertungsverfahren sowie quantitative Methoden Einblicke in Wahrnehmungszusammenhänge bietet.

## Abbildung 2: Inhaltliche Zuordnung der Items zur Populismus-Messung

Herrschaft des Volkes	Das Volk und nicht die die Abgeordneten sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen.
	Ich würde lieber von einfachen Bürgerinnen und Bürgern als von spezialisierten Abgeordneten repräsentiert werden.
Anti-Pluralismus/ homogener Volkswille	Ein „Kompromiss“ heißt in der Politik eigentlich nur, seine Prinzipien zu verraten.
	In Demokratien ist es wichtig, Kompromisse zwischen verschiedenen Positionen zu finden.
	Es ist wichtig, auch auf die Meinung anderer Gruppen zu hören.
Volk vs. Elite	Die Abgeordneten im Parlament verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk.
	Die Unterschiede zwischen dem Volk und der Elite sind viel größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes.
	Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung macht.
	Politikerinnen und Politiker reden zu viel und handeln zu wenig.
	Die Politikerinnen und Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.
Homogenes Volk	Die einfachen Leute ziehen alle an einem Strang.
	Einfache Leute verbindet ein guter und ehrlicher Charakter.
	Die einfachen Leute teilen gemeinsame Werte und Interessen.

Um die Konstrukte Expertokratie und Populismus auf Einstellungsebene in der Bevölkerung zu erfassen, wurde auf bewährte Aussagen, sogenannte Items, zurückgegriffen, die die theoretischen Elemente beider Sichtweisen abdecken.<sup>1</sup> Populistische Einstellungen wurden so durch 13 Items erfasst, die in Tabelle 1 dargestellt und den jeweiligen inhaltlichen Elementen zugeordnet werden: Für die Messung expertokratischer Einstellungen wurden ebenfalls aus bereits bestehenden Items 10 Items ausgewählt. Sie sind jeweils einem bestimmten zu messenden Merkmal zugeordnet. Diese gehen aus Tabelle 2 hervor.

<sup>1</sup> Für Populismus nach Akkermann et al., 2014; Schulz et al., 2018. Für Expertokratie nach Bertou & Caramani, 2020; Castanho et al., 2020; Decker et al., 2020

### Abbildung 3: Inhaltliche Zuordnung der Items zur Expertokratie-Messung

Herrschaft einer Minderheit	Die Politik sollte das Volk eher anleiten als ihm folgen.
	Die Politikerinnen und Politiker meines Landes sollten gebildeter und erfahrener sein als die einfachen Bürgerinnen und Bürger.
	Abgeordnete sollten ihre Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen treffen, nicht nach dem Willen des Volkes.
Unmündiges Volk	Die normalen Menschen wissen nicht, welche Politik gut für sie ist.
	Ich vertraue lieber auf die Meinung von Expertinnen und Experten als auf die Weisheit der einfachen Leute.
	Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur schwer zu erklären sind.
Herrschaft des Expertentums	Soziale Probleme sollten auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse angegangen werden, nicht auf der Grundlage ideologischer Präferenzen.
	Die Probleme, mit denen mein Land konfrontiert ist, erfordern Expertinnen und Experten, die sie lösen können.
	Die besten politischen Entscheidungen werden von Expertinnen und Experten getroffen, die keine Abgeordneten sind.
	Unser Land würde besser regiert werden, wenn wichtige Entscheidungen von unabhängigen Expertinnen und Experten getroffen werden würden.

In einer bundesweiten repräsentativen Befragung von 5.252 Bürger:innen wurden beide Einstellungen gemessen. Der Fragebogen umfasste zudem Fragen zur Zufriedenheit mit dem politischen System und der Demokratie sowie Fragen zu gewünschten politischen Entscheidungsprozessen und einen Abschnitt zu soziodemographischen Merkmalen.

Darüber hinaus wurden die Fragen der vorangegangenen Ausgaben der Studienreihe „Wie wir *wirklich* leben“ wieder aufgenommen, anhand derer fünf Erwartungstypen gebildet werden können. Die Erwartungstypen stellen jeweils unterschiedliche Gruppen auf Basis der Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und der Politik in der deutschen Bevölkerung dar.

Mit den Fragen zu den Konstrukten Expertokratie und Populismus wurde im Anschluss an die Befragung eine Faktorenanalyse<sup>2</sup> durchgeführt. In einem weiteren Schritt wurden vom rheingold Institut Grenzwerte für die zugeordneten Items festgelegt, um eine Unterscheidung zwischen geringen, mittleren und hohen Ausprägungen beider Einstellungen unter den Befragten vornehmen zu können. In der weiteren Auswertung des Fragebogens wurde das Antwortverhalten stark

<sup>2</sup> Mit der Faktorenanalyse können eine Vielzahl von Variablen zu wenigen Faktoren zusammengefasst werden. Hier ergaben die Items zwei Faktoren: einen Faktor, auf dem die Items zu populistischen Einstellungen hohe Ladungen zeigten, und analog einen Faktor, dem die expertokratischen Items zugeordnet wurden.

populistisch und stark expertokratisch eingestellter Befragter getrennt dargestellt. So konnten Unterschiede im Antwortverhalten zur deutschen Bevölkerung insgesamt, zwischen den Befragten mit hoher Ausprägung, wie auch generell zwischen den Ausprägungen der Einstellungen, verglichen werden.

Anschließend an die quantitative Befragung wurden qualitative Online-Interviews durchgeführt. Proband:innen wurden dafür vorab in einem Screening nach entweder stark populistischen oder stark expertokratischen Einstellungen ausgewählt. Mithilfe der Interviews sollte ein tieferer Einblick in die Beweggründe für beide Sichtweisen ermöglicht werden. In zweistündigen Leitfadeninterviews wurden 40 Proband:innen einzeln online befragt. Die Ergebnisse der Interviews wurden von Interviewer:innen transkribiert, anschließend strukturiert und durch das rheingold Institut ausgewertet.

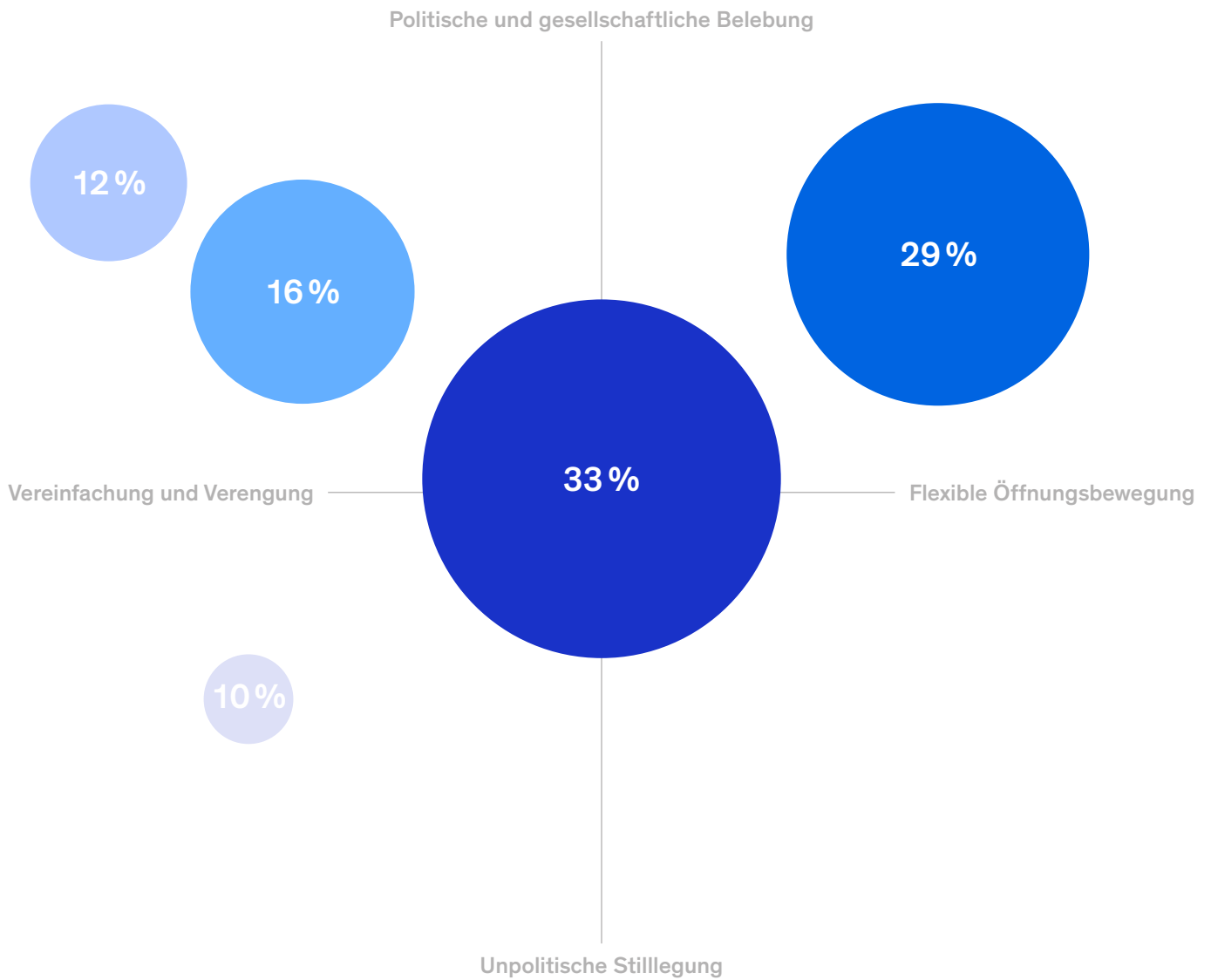
3

# Ergebnisse

## Erwartungstypen

Wie schon in den beiden vorherigen Studien zur Lebenswirklichkeit in Deutschland, wurden auch in diesem Jahr fünf Erwartungstypen gebildet. Die Erwartungstypen zeigen verschiedene Gruppen in der Bevölkerung, die sich jeweils bezüglich der Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation sowie mit der Politik in Deutschland unterscheiden. Die einzelnen Typen besitzen daher innerhalb der eigenen Gruppe ein ähnliches Antwortmuster, das sich deutlich von den jeweils anderen unterscheidet. Daher können diese Erwartungstypen als getrennte Gruppen bezeichnet werden. Jede:r der 5.252 Befragten kann somit einem Erwartungstyp zugeordnet werden. Abbildung 2 zeigt die diesjährige Verteilung der Erwartungstypen inklusive der Änderungswerte im Vergleich zu 2021.

Abbildung 4: Einordnung der Erwartungstypen



- Zufrieden Moderate
- Umweltbewusste, engagierte Optimisten
- Überforderte Ängstliche
- Enttäuschte Radikale
- Desinteressierte Zurückgezogene

## 33 %

### Zufrieden Moderaten

Ein Drittel der befragten Personen (33 Prozent) kann dem Typus der „Zufrieden Moderaten“ zugeordnet werden. Diese Gruppe ist im Großen und Ganzen mit den Lebensbedingungen, Beteiligungsmöglichkeiten und der gesellschaftlichen Stimmung in Deutschland zufrieden. Die „Moderaten“ repräsentieren in ihren sozio-demographischen Merkmalen (Einkommen, Berufs- und Bildungsstruktur, Alter) einen relativ großen Teil der deutschen Bevölkerung. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigen sich die Auswirkungen der Krisen vor allem in dieser Gruppe: Während sie insgesamt zwar noch relativ zufrieden sind, ist das Antwortverhalten im Vergleich zu den Vorjahren besonders in dieser Gruppe in der Gesamtschau negativer geworden.

## 29 %

### Engagierte Optimisten

Zufrieden-optimistisch und mit einigem (politischem) Tatendrang blicken jene 29 Prozent in die Zukunft, die als „Engagierte Optimisten“ eingestuft werden können. Sie informieren sich vielseitig über politische und gesellschaftliche Themen und beurteilen die Gesamtsituation in Deutschland positiver als der Rest der Bevölkerung.

## 16 %

### Überforderte Ängstliche

Dass sich die komplexen politischen Gemengelagen unserer Zeit nicht bei allen Menschen in einer offenen und positiven Einstellung äußern, zeigt die Einstufung von 16 Prozent der Deutschen als „Überforderte Ängstliche“. Diese Gruppe äußert Sorgen über die aktuellen Entwicklungen und orientiert die politische Meinungsbildung eher an (vermeintlich) einfachen Lösungen. In der Tendenz haben Personen in diesem Erwartungstyp einen geringeren Bildungsabschluss und ein niedrigeres Einkommen als die durchschnittliche Bevölkerung in Deutschland.

12%

## Enttäuschte Radikale

Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenslage, dem Umgang mit bestimmten politischen Themen und gesellschaftlichen Entwicklungen kann zur Radikalisierung von Personen führen. Die Gruppe der „Enttäuschten Radikalen“ neigt zu einer ablehnenden Haltung gegenüber Migration und verstärkten Bemühungen zum Klimaschutz. Auch bei den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und einer möglichen Impfpflicht wird von den Personen dieses Erwartungstyps sehr viel Kritik geäußert. Eine kritische Haltung gegenüber etablierten politischen Akteuren schlägt sich auch in der Parteipräferenz nieder: 28 Prozent der „Enttäuschten Radikalen“ würden die AfD wählen.

10%

## Desinteressierte Zurückgezogene

Die mit zehn Prozent der Befragten kleinste Gruppe unter den Erwartungstypen, sind die „Desinteressierten Zurückgezogenen“. Sie nehmen in deutlich geringerem Umfang an der politischen Willensbildung und dem gesellschaftlichen Leben teil. Die grundsätzliche Unzufriedenheit reicht augenscheinlich nicht aus, um aktiv zu werden, sondern führt eher zu einer weiteren Resignation und Abkapselung vom öffentlichen Leben.



## **Ergebnisse der quantitativen Befragung**

Die Ergebnisse der quantitativen Phase der Befragung bilden einen wichtigen Bestandteil, um die Verbreitung von Expertokratie und Populismus in Deutschland besser verstehen zu können und herauszufinden, inwieweit beide Strömungen in Konkurrenz zueinanderstehen. Außerdem formen die gewonnenen Erkenntnisse eine essenzielle Grundlage für weitere Erhebungen, beispielsweise für die im weiteren Verlauf der Studie durchgeführten qualitativen Befragungen.

## Verbreitung der Expertokratie und des Populismus in Deutschland

Um die grundlegende Frage zu beantworten, wie verbreitet beide Perspektiven insgesamt sind, zeigt Tabelle 3 die Verteilung populistischer und expertokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung. Bei 19 Prozent der Befragten kann eine hohe Zustimmung zu Fragen, die auf eine populistische Einstellung schließen lassen, ausgemacht werden. 12% der Befragten zeigten eine hohe Ausprägung von expertokratischen Einstellungen.

### Abbildung 5: Verteilung populistischer und expertokratischer Einstellungen in der deutschen Bevölkerung

	Populismus	Expertokratie
Hohe Ausprägung	19 %	12 %
Mittlere Ausprägung	59 %	57 %
Geringe Ausprägung	22 %	31 %

Die Grenzwerte der jeweiligen Ausprägungen wurden wie folgt festgelegt:  
 Hoch (Mittelwert von 4,0 bis 5,0), Mittel (3,1 bis 3,9), Gering (1,0 bis 3,0)

## Verhalten der Expertokratie und des Populismus zueinander

Auf Basis der theoretischen Bestandteile beider Einstellungen wurde angenommen, dass diese sich als Gegenpole gegenseitig ausschließen. Das würde heißen, beide Einstellungen sind miteinander unvereinbar, sie schließen sich gegenseitig aus. In den Ergebnissen müsste sich nach dieser Annahme zeigen, dass populistisch eingestellte Befragte expertokratische Einstellungen ablehnen oder ihnen zumindest nur gering zustimmen, und umgekehrt expertokratisch eingestellte Personen, populistischen Einstellungen kaum zustimmen. Kurz: Je populistischer, desto weniger expertokratisch. Es wird ein negativer Zusammenhang zwischen beiden Faktoren vermutet.

Den Ergebnissen der Studie zufolge ist das Gegenteil der Fall: Die Korrelation zwischen dem Faktor Expertokratie und dem Faktor Populismus ist schwach positiv.<sup>1</sup> Beide Perspektiven schließen sich damit nicht gegenseitig aus oder lehnen sich untereinander ab. Sie hängen sogar tendenziell zusammen: Befragte, die stark populistisch eingestellt sind, tendieren dazu, auch expertokratischen Items zuzustimmen – und andersherum. Für eine niedrige Ausprägung gilt der Zusammenhang ebenfalls: Haben Befragte geringe populistische Einstellungen, stimmen sie tendenziell auch den expertokratischen Items in geringerem Maße zu. Die Annahme der Konkurrenz zwischen beiden Einstellungen ist damit widerlegt – beide Einstellungen können tendenziell miteinander einhergehen.

1 Pearson's  $r = .119^{**}$ , Sig. (2-seitig)  $<.01$

## Abbildung 6: Interpretation: Konstruktive Expertokratie und Populismus gehen miteinander einher



Tabelle 4 zeigt einzelne Fragen, aus denen sich Gründe für die Verbreitung beider Sichtweisen bei den befragten Bürger:innen ableiten lassen. Zudem sind Fragen aufgeführt, die mögliche Gründe dafür zeigen, dass sich beide Perspektiven nicht gegenseitig ausschließen. In der Tabelle ist jeweils die Zustimmung der Stichprobe insgesamt, unter sehr expertokratisch eingestellten Befragten und schließlich unter sehr populistisch eingestellten Befragten dargestellt.

## Abbildung 7: Zustimmungsraten zu ausgewählten Aussagen der quantitativen Befragung

Item	Gesamt	Expertokratie	Populismus
<b>Umgang mit Komplexität</b>			
Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur schwer zu erklären sind.	47 %	84 %	57 %
<b>Einfluss der Corona-Pandemie auf die Einstellung zu politischen Prozessen</b>			
Corona hat gezeigt, dass besser Expertinnen und Experten in unserem Land bestimmen sollten, und nicht die Politiker.	47 %	77 %	59 %
Corona hat gezeigt, dass der Wille des Volkes missachtet wird, und nur bestimmte Eliten das Sagen haben.	40 %	43 %	78 %
<b>Favorisierte politische Entscheidungsgremien</b>			
Unser Land würde besser regiert werden, wenn wichtige Entscheidungen von unabhängigen Expertinnen und Experten getroffen würden.	45 %	85 %	68 %
Die Entscheidungen von Fachräten sind mir wichtiger als die von Politikern.	49 %	79 %	67 %
Politische Entscheidungen sollten wissenschaftlich vorbereitet, schlussendlich aber basierend auf den Bedürfnissen der Gesellschaft getroffen werden.	73 %	85 %	83 %
<b>Rolle der Wissenschaft</b>			
Die Wissenschaft darf nicht über den Bedürfnissen der Gesellschaft stehen.	54 %	57 %	70 %

Dunkler markiert sind die jeweils höchsten Zustimmungsraten innerhalb der drei Vergleichsgruppen

Die Tabelle zeigt, dass sowohl populistisch als auch expertokratisch eingestellte Befragte die aktuellen politischen Probleme im Vergleich zur gesamten deutschen Bevölkerung als überdurchschnittlich komplex empfinden. Besonders die starke Zustimmung (84 Prozent) unter denjenigen Befragten, die zu expertokratischen Einstellungen tendieren, zeigt einen möglichen Grund für die Befürwortung von Expert:innen als politische Entscheider:innen: Das Gefühl, aktuelle Probleme würden einen selbst überfordern könnte zur Hinwendung zu fachlich spezialisierten Expert:innen führen.

Auch zeigt Tabelle 4, dass die Corona-Pandemie unter populistisch und expertokratisch eingestellten Befragten einen starken Einfluss auf die jeweiligen Sichtweisen hatte: 77 Prozent der expertokratisch Eingestellten geben die Pandemie als Situation an, die die Kompetenz von Expert:innen gegenüber Politiker:innen verdeutlicht habe. Unter populistisch Eingestellten geben 78 Prozent an, die Pandemie habe gezeigt, dass der Volkswille eigentlich missachtet werde und nur

Eliten regieren. Die Pandemie wird von Befragten also als Faktor benannt, der zwei zentrale inhaltliche Elemente beider Perspektiven verstärkt hat: Einerseits als zentrale Element des Expertokratismus, die Empfindung, dass Expert:innen in Krisensituationen bessere Entscheidungsträger:innen sind als Politiker:innen, andererseits das Gefühl, der „Wille des Volkes“ werde von Eliten missachtet als zentrales Element von Populismus. Zu beachten ist hier auch die hohe Zustimmung unter populistisch Eingestellten für Expert:innen als Entscheider:innen in Krisensituationen (59 Prozent). Damit zeigt sich ein wichtiger Punkt, an dem sich beide Einstellungen überschneiden: Gegenüber Politiker:innen werden Expert:innen unter Befragten beider Einstellungen als geeigneter empfunden.

Die Ergebnisse auf die Frage nach den favorisierten politischen Entscheidungsgremien (s. Tabelle 4) bekräftigt zunächst die vorangegangene Interpretation: Expert:innen werden aufgrund ihres Fachwissens von beiden Gruppen nicht nur in Krisensituationen, sondern auch insgesamt Politiker:innen als Entscheider:innen vorgezogen. Auch Fachräte, verstanden als Gremien aus fachlich spezialisierten Personen, werden von Befragten beider Einstellungen als vertrauensvoller in ihren Entscheidungen bewertet als Politiker:innen.

Dieser Punkt widerspricht dabei eigentlich den theoretischen Überlegungen zu Populismus: In der Theorie ist es Bestandteil populistischer Perspektiven auf Politik, das Volk als bestimmend anzusehen. Damit werden Expert:innen und Politiker:innen gleichermaßen – im Populismus meist verstanden als Teile der Elite – abgelehnt. Das geht nicht aus den Daten hervor: Auch populistisch eingestellte Befragte stimmen Fragen zu, die Expert:innen als gute politische Entscheider:innen benennen.<sup>2</sup> Eine naheliegende Vermutung wäre, dass die Komplexität der Krisen der letzten Jahre auch unter populistisch eingestellten Befragten zu einer stärkeren Befürwortung von Expert:innen geführt hat.

Etwas widersprüchlich zu der vorangegangenen Interpretation scheint die hohe Zustimmung zu Fragen, die trotz aller Befürwortung von Expert:innen in der Politik den Volkswillen und die Bedürfnisse der Gesellschaft als letztlich wichtigstes Element herausstellen. Das heißt, für Befragte sollen wissenschaftliche Erkenntnisse politische Entscheidungen zwar anleiten, aber sie dürfen trotzdem nicht dazu führen, dass entgegen den Bedürfnissen der Gesellschaft entschieden wird. Die hohe Zustimmung zu diesen Aussagen (57 Prozent bei expertokratisch Eingestellten, 70 Prozent bei populistisch Eingestellten), die eigentlich den Anspruch parlamentarischer Demokratien beschreiben, erscheinen angesichts

2 Als Einschränkung muss hier angemerkt werden, dass der Begriff „Expert:in“ nicht näher definiert wurde. Er kann also u.U. sehr unterschiedlich von Befragten verstanden werden.

der Ablehnung gegenüber gewählten Politiker:innen in den übrigen Fragen in Tabelle 4 widersprüchlich. Auch Tabelle 5 zeigt diese Perspektive auf politische Entscheidungs- und Durchsetzungsprozess noch einmal verdichtet. Interessant ist hier, dass sich auch bezogen auf die gesamte Stichprobe eine ähnliche Zustimmung zu den gewünschten politischen Entscheider:innen abzeichnet.

### Abbildung 8: Perspektiven auf Gesetzgebung in Deutschland

Wer sollte am besten über Gesetze entscheiden?	Gesamt	Expertokratie	Populismus
Abgeordnete	21 %	20 %	6 %
Bürger in Volksentscheiden	48 %	36 %	73 %
Neutrale Experten oder Verfassungsgerichte	29 %	41 %	19 %
Eine einzelne Führungspersönlichkeit	2 %	3 %	2 %

Die Grenzwerte der jeweiligen Ausprägungen wurden wie folgt festgelegt: Hoch (Mittelwert von 4,0 bis 5,0), Mittel (3,1 bis 3,9), Gering (1,0 bis 3,0)

Die Daten zeigen hier eine Perspektive auf politische Entscheidungsfindung und -durchsetzung, die drei Elemente miteinander unter expertokratisch und populistisch eingestellten Befragten gleichermaßen kombiniert: Erstens zeigen beide Perspektiven eine Ablehnung gegenüber gewählten Abgeordneten. Zweitens werden diesen Expert:innen als Entscheider:innen deutlich vorgezogen. Drittens bleibt der Volkswille in beiden Perspektiven letztlich das Element, nach dem politisch entschieden werden soll.

Wie kann man diesen von Befragten anhand der Daten gezeichneten „idealen politischen Entscheidungsprozess“ hinsichtlich der Bedeutung für unsere Demokratie interpretieren? Bei den Befragten wird ein Demokratieverständnis deutlich, das vor allem die Entscheidung durch das Volk als demokratisch versteht.

Die Ablehnung gegenüber Abgeordneten und der Wunsch nach Expert:innen verdeutlicht gleichzeitig, dass weder Repräsentation noch parlamentarische

Aushandlung Bestandteile dieses Demokratieverständnisses sind. Wenn Demokratie diese Elemente im Verständnis dieser gesellschaftlichen Gruppen nicht mehr beinhaltet, wird sie auf ein Verfahren zur Regelsetzung und Entscheidungsfindung durch das Volk reduziert. Der Anspruch, den Repräsentation und parlamentarische Aushandlung sichern sollen – beispielsweise die Interessen einer vielfältigen Gesellschaft abzubilden und im politischen Prozess zu berücksichtigen – geraten damit im Verständnis von Demokratie in den Hintergrund.



## Ergebnisse der qualitativen Phase

Die Ergebnisse der qualitativen Phase werden nun im Hinblick darauf dargestellt, ob sie die Interpretation der quantitativen Daten untermauern, oder gegebenenfalls einschränken. Dadurch, dass sehr populistisch eingestellte und sehr expertokratisch eingestellte Personen in tief gehenden Interviews befragt wurden, geben sie einen detaillierten Einblick in die jeweiligen Perspektiven auf politische Entscheidungsfindung. Dabei finden sich erstens detaillierte Gründe dafür, dass Expert:innen unter populistisch und expertokratisch Eingestellten beliebter sind als Politiker:innen. Zweitens zeigen sie, dass es gleichzeitig keine klare Definition unter den Befragten gibt, wer eigentlich Expert:in ist – die Autorität und „klare Führung“ scheint hier eher ausschlaggebend zu sein. Drittens wirkt sich diese positive Sicht auf die Rolle von Expert:innen auf die Anforderungen an Politiker:innen aus. Dies ist einerseits bedingt durch die komplexen Krisen unserer Zeit, andererseits durch ein fehlendes Wissen unter den Befragten über die Rolle und Funktion politischer Institutionen. Viertens und letztens wird – wie in den quantitativen Daten bereits vermutet – ein Demokratieverständnis unter Befragten beider Perspektiven deutlich, dass sich von der repräsentativen Demokratie als Regierungssystem entfernt. Genauer entwickelt sich eine Abneigung gegen die für dieses Demokratiemodell essenziellen Aspekte, wie die Wahl von Abgeordneten und dem zentralen Prozess der Aushandlung und Kompromissfindung zwischen unterschiedlichen Interessen.

## Die positive und neutrale Sicht auf Expert:innen gegenüber der Politik

In den qualitativen Interviews wurde unter Teilnehmenden eine sehr positive Sicht auf Expert:innen – auch hier wurde der Begriff des/der „Expert:in“ nicht näher definiert – deutlich. Mehrere Proband:innen betonten die vermeintliche Neutralität der Handlungsempfehlung von Expert:innen gegenüber denen von Politiker:innen. So hieß es in einem der Interviews: „Politiker lügen viel eher als Wissenschaftler, weil Wissenschaftler ihre Thesen beweisen müssen.“ Die Entscheidungen von Politiker:innen wurden gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen dabei immer wieder als „Parteimeinung“ dargestellt: „Ein Politiker braucht ein Expertenteam, die Entscheidung soll ja nicht nur seine Meinung sein.“ Auch wurde der Anspruch der Politik, im Sinne des Allgemeinwohls zu handeln, durch die Vermutung des stark ideologischen Standpunktes von Politiker:innen bezweifelt: „Politiker kümmern sich eher um ihre eigenen Ziele. Experten:innen haben Ziele im Blick, die gut für das Land sind.“ Es entsteht dabei der Eindruck, Politik gelte generell als zu ideologisch. Politiker:innen seien eher auf den eigenen (Wahl)Erfolg aus, als darauf, für die gesamte Gesellschaft eine gute Entscheidung zu treffen. So entstand immer wieder das Gefühl, Teilnehmende hätten den Verdacht, eine Entscheidung verfolge eigentlich unehrliche Absichten. Teils sehr explizit wurde dabei geäußert, dass Abgeordnete den Entscheidungsprozess im Vergleich zum ausschließlichen Expert:innen-Entscheid sogar verschlechtern: „Wenn zum Klimawandel ausschließlich Experten Entscheidungen treffen würden, wären wir schon weiter.“

Wissenschaft und Expert:innen erscheinen in den Interviews insgesamt als neutral, Politiker:innen, beziehungsweise Abgeordnete und deren Entscheidungen werden dagegen als „Meinung“, teils sogar als Täuschung zur Durchsetzung der eigenen parteipolitischen Position empfunden. Das Bild des/der Expert:in ist unter den Befragten deutlich positiver als das des/der Politiker:in. Es zeigt sich hier die Erwartung an Politiker:innen, Entscheidungen „neutral“ zu treffen und die eigene ideologische Position im Sinne der wissenschaftlichen Erkenntnis und des Allgemeinwohls zurückzustellen.

## Wer ist eigentlich „Expert:in“? Die Auswahl der eigenen Autoritäten

Wer Expert:in ist, scheint von Befragten unterschiedlich verstanden zu werden. Ganz verschiedene Beispiele wurden von Proband:innen in den Interviews genannt, so sprechen Teilnehmende von „Experten im Bauwesen, Architekten, Bauarbeiter, Bauleiter, Techniker...“, die in politische Prozesse mit einbezogen werden sollten. In einem anderen Interview hieß es: „Wenn die AfD dran wäre, dann wären die Entscheidungen alle gut. Aktuell vertrauen wir auf die falschen Leute, denen die ganzen Lemminge folgen.“ Die hohe Zustimmung zu Expert:innen als „bessere“ politische Entscheider:innen erklärt sich somit wohl auch aus den unterschiedlichen Definitionen unter Befragten, wen man als Expert:in sieht.

An der Unklarheit darüber, wer jeweils Expert:in für einen bestimmten Bereich ist, zeigt sich, dass sich die Figur des/der Expert:in nicht zwingend am Wissen, sondern eher an der Autorität festmacht, die ihr in jeweiligen Diskursen von einer Gruppe zugesprochen wird. Die Tendenz zu einer Person mit dieser Autorität, die in komplexen Problemlagen eine Handlungsempfehlung abgibt, findet sich auch bei populistisch eingestellten Befragten. Das stützt die Vermutung, dass die Krisen der letzten Jahre eine allgemeine Tendenz hin zu „wissenden Autoritäten“ mit klaren Lösungen befördert haben. Der Wunsch, in diesen Situationen die Entscheidung an fachliche Expert:innen zu delegieren – wie auf Basis der quantitativen Ergebnisse bereits vermutet –, wird in den Interviews auch explizit benannt: „Viele Sachen sind so komplex, wie z.B. Waffenlieferung, dass ich sie nicht verstehen kann und froh bin, nicht entscheiden zu müssen.“

Gleichermaßen wird stark kritisiert, wenn Expert:innen sich widersprechen: „Wer ist denn Experte und was haben die zu sagen? Bei Corona gab es plötzlich ganz viele Experten und alle haben sich widersprochen.“ Bleibt die gewünschte klare Handlungsempfehlung aus, wird auch der Nutzen der Expert:innen bezweifelt: „Die Experten haben sich während Corona immer widersprochen. Jede Woche war der Streeck oder der Drost im Fernseher und in der Zeitung und die haben ganz unterschiedliche Sachen gesagt. Was bringt das denn dann bitte, wenn die keine Lösungen haben?“ Auch zeigt sich hier ein Unverständnis dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse untereinander in Konkurrenz stehen oder widerlegt werden können.

## Personenfokus und Wunsch nach hoher Qualifikation der Politiker:innen

Bei den Proband:innen wurde ein zunehmender Fokus auf individuelle Politiker:innen deutlich, insbesondere auf Minister:innen. Diese wurden verstärkt losgelöst von ihren Parteien für bestimmte Entscheidungen als alleinverantwortlich angesehen. Damit einher geht der Wunsch nach fachlicher und akademischer Expertise für die Posten, die sie besetzen. So werden Christian Lindner und Karl Lauterbach von Proband:innen als positive Beispiele genannt. Lindner sei geeignet als Finanzminister, denn er habe „BWL studiert, das passt“, und „Lauterbach ist Arzt, der versteht auch alles, was andere Experten sagen.“

Die Fachkompetenz wird dabei gleichzeitig als Kriterium gesehen, das Politiker:innen auf ehrliche Art und Weise zu ihrem Posten bringt – im Gegensatz zu denjenigen Politiker:innen, die vermeintlich ohne fachlich passende Expertise einen bestimmten Posten besetzen. So wurde in einem Interview geäußert: „Wir brauchen Politiker, die das gelernt haben. Sonst kommen viele Politiker durch irgendwelche Parteimauscheleien auf die falschen Positionen.“

Neben dem fehlenden Wissen über politische Vorgänge und die Rolle von Minister:innen, zeigt sich eine starke Ablehnung gegenüber Parteien. Kompromisse zwischen zwei oder mehr politischen Akteuren werden nicht als legitime und notwendige Aushandlung unterschiedlicher Positionen wahrgenommen, sondern als „Mauscheleien“ empfunden. Anschließend an den Wunsch nach einer einzigen objektiv besten Lösung wird auch eine Sichtweise auf die Politik deutlich, die Kompromisse und Aushandlung verschiedener Standpunkte, ebenso wie unterschiedliche politische Positionen, nicht mehr anerkennt und abwertet. Die Vorstellung, es gäbe nur eine Lösung für bestimmte Probleme, die man kennen würde, wäre man fachlich qualifiziert, führt zu einem Verständnis von Politik, das Aushandlung politischer Positionen als Verfälschung dieser einen, besten Lösung missversteht.

## Verlust der Wertschätzung für parlamentarische Aushandlungsprozesse

Politik und ihre Funktionsweise werden gegenüber der Wissenschaft in den Interviews oftmals als defizitär empfunden. Insbesondere parlamentarische Aushandlung wird in Themen wie Klimawandel oder Corona als überflüssig und sogar kontraproduktiv gegenüber der wissenschaftlichen Vorgabe von Expert:innen empfunden: „Ich habe den Eindruck, dass sich die Politiker zu wenig Rat bei Experten holen, die streiten ja immer nur und treten auf der Stelle.“

Hier zeigt sich ein fehlendes Verständnis für die Funktion und Aufgabe parlamentarischer Entscheidungsfindungen. Es fehlt die Perspektive auf Mehrdeutigkeit von politischen Entscheidungen: Politisch ist es eine Notwendigkeit, verschiedene wissenschaftliche Perspektiven einzubinden und plurale gesellschaftliche Interessen miteinander zu verbinden und eine Entscheidung zu treffen, die beides berücksichtigt.

Weil in diesem Prozess „jeder seinen Senf dazugeben“ könne, entsteht der Eindruck, dass Politik – wie bereits angedeutet – die wissenschaftliche Vorgabe ignoriere oder die Erkenntnisse verfälschen würde. Mehrmals äußern Proband:innen den Vorwurf, in der parlamentarischen Aushandlung werde die vermeintlich neutrale Wissenschaft mutwillig zugunsten der eigenen ideologischen Position ignoriert. Teils wird der Eindruck geteilt, die Politik entscheide „zu sehr aus dem Bauch heraus“, wenn zu einem Thema keine wissenschaftlichen Expert:innen zu Rate gezogen wurden.

Zudem wird in den qualitativen Interviews ein weiterer Punkt deutlich, der expertokratische und populistische Perspektiven auf Politik verbindet. Beide sehen weder Aushandlung noch Kompromisse als notwendig an. Bei ersterer wird die Handlungsempfehlung von Expert:innen als objektive Zielgröße gesetzt, die keiner weiteren Verhandlung bedarf. Letztere sieht den Mehrheitsentscheid eines homogenen Volkes als Vorgabe, die nicht weiterverhandelt werden muss. Während diese Sichtweisen bereits in den quantitativen Ergebnissen deutlich wurden, zeigen die qualitativen Ergebnisse, dass überflüssig angesehene Aushandlungen oftmals als defizitär, beinahe als Betrug, empfunden werden.

4

Fazit

Das Ziel dieser im Auftrag von Philip Morris von rheingold durchgeführten Studie war es, die politischen Sichtweisen der Expertokratie und des Populismus besser zu verstehen und herauszufinden, wie sehr diese in Deutschland verbreitet sind. Die Ergebnisse zeigen, dass 19 Prozent der Befragten eine hohe Ausprägung von populistischen Einstellungsmustern aufweisen. Im Vergleich sind mit 12 Prozent hohe Ausprägungen von expertokratischen Einstellungen weniger verbreitet. Damit sind beide Sichtweisen zwar nicht mehrheitlich vertreten, allerdings auch nicht verschwindend gering.

Außerdem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich beide Sichtweisen vor allem in den Teilen der Gesellschaft verbreitet haben, die unzufrieden mit der Politik sind. Die Lösung der komplexen Herausforderungen unserer Zeit wird den Politiker:innen in diesen Gruppen nicht mehr zugetraut. So finden 41 Prozent der expertokratisch eingestellten Befragten, dass neutrale Experten:innen oder Verfassungsgerichte über Gesetze entscheiden sollten. 73 Prozent der Befragten, die populistische Einstellungen aufwiesen, finden, dass Bürger:innen in Volksentscheiden über Gesetze bestimmen sollten.

Aufgrund dieser inhaltlichen Unterschiede zwischen den von Brennan und Mudde beschriebenen Phänomenen Expertokratie und Populismus wurde in dieser Studie angenommen, dass Expertokratie und Populismus als politische Sichtweisen in Konkurrenz zueinanderstehen. Diese Annahme konnte durch die Ergebnisse nicht bestätigt werden. Vielmehr zeigt sich, dass beide Einstellungsmuster keine reinen Gegenpole sind, sich also nicht wie erwartet gegenseitig ausschließen, sondern eine entscheidende Gemeinsamkeit haben: Beide eint die Ablehnung von repräsentativen parlamentarischen Verfahren in der Politik. Parlamentarische Aushandlungsprozesse als Kernstück unserer Demokratie werden in der Studie von Befragten, die diese Einstellungen vertreten, zurückgewiesen. Daher ist es entscheidend zu verstehen, was Politik und die Gesellschaft tun können, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Vor allem während der Coronapandemie traten Expert:innen als Ratgeber der Politik in die Öffentlichkeit. Aus den Studien-Interviews, die mit stark expertokratisch und stark populistisch eingestellten Befragten geführt wurden, geht hervor, dass Expert:innen gegenüber Politiker:innen neutral und positiv bewertet werden. „Politiker lügen viel eher als Wissenschaftler, weil Wissenschaftler ihre Thesen beweisen müssen“: Diese Aussage aus einem der Interviews macht deutlich, dass den Entscheidungen von bestimmten Expert:innen im Gegensatz zu denen von Politiker:innen mehr vertraut wird.

Durch die Interviews wird außerdem deutlich, dass es keine klare Definition gibt, wer als Expert:in gilt und wer nicht. Vielmehr ist für die Befragten wichtig, wie viel Autorität Expert:innen in einer Diskussion zugeschrieben wird. Der Anspruch, der an Expert:innen gerichtet wird, ist es, die Komplexität von Problemen zu reduzieren und verständliche Lösungen anzubieten.

Expertokratisch und populistisch eingestellte Befragte trauen Politiker:innen nicht mehr zu, diesem Anspruch gerecht zu werden. Für sie sind die Beratungen der Politik und resultierende Kompromisse kein Zeichen der Demokratie, sondern ein Zeichen dafür, dass Entscheidungen auf Basis von Meinungen, Eigeninteresse oder parteipolitischen Strategien getroffen werden. Bei einigen Befragten entsteht dadurch der Eindruck, dass nicht die bestmögliche Entscheidung, auf Grundlage des Rates von Expert:innen und wissenschaftlichen Argumenten getroffen wird.

Auf der anderen Seite und im Gegensatz dazu werden verkürzte politische Entscheidungsprozesse, wie sie während der Coronapandemie zu beobachten waren, gleichermaßen von populistisch und expertokratisch eingestellten Befragten kritisiert. Für populistisch Eingestellte wurde das Volk in diesen Entscheidungsprozessen nicht gehört. Für expertokratisch Eingestellte wurde die Wissenschaft ignoriert.

Zusammenfassend zeichnet sich ab, dass sowohl expertokratisch als auch populistisch eingestellte Befragte die Entscheidungsfindung durch Aushandlungsprozesse und damit den Kern der Funktionsweisen der parlamentarischen repräsentativen Demokratie ablehnen. Während für die einen mehrheitlich die Expert:innen die Entscheidungen treffen sollen, ist es für die anderen der Volkswille, der zählt. Weder für Anhänger:innen populistischer noch expertokratischer Überzeugungen sind es jedoch Politiker:innen. Geschlossene Kompromisse, die eigentlich die verschiedenen Ansichten innerhalb einer Demokratie widerspiegeln sollen, verwässern nach Ansicht beider Gruppen die eine bestmögliche Lösung und werden deswegen abgelehnt.

Diese Schlussfolgerung zeigt, dass das Verständnis gewisser befragten Bürger:innen Verbesserungspotenzial aufweist. Insbesondere die Aufgaben der Politik, ihre Funktionsweisen und ihre Ziele durch verstärkte zielgruppengerechte Information und der Mitnahme durch Diskurs auf Augenhöhe könnten Gegenstand einer ausführlicheren Erklärung werden. Politik ist nicht bloße Ideologie, sondern die Repräsentanz verschiedener Werte, Meinungen und Einstellungen einer vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Die Beratung über Lösungen bei



komplexen Herausforderungen ignoriert weder die Wissenschaft noch das Volk, sondern stellt sicher, dass alle Standpunkte einer Gemeinschaft gehört werden. Ziel ist nicht die einfachste Lösung zu finden, sondern einen Kompromiss zu schaffen, der keinen Teil der Gesellschaft ausschließt.

Unverständnis für Repräsentation und parlamentarische Aushandlung führen zu einer Unzufriedenheit mit unserer Demokratie. Darum gilt es, die aufgeführten Punkte transparenter zu kommunizieren und dabei ihren Wert für unsere Gesellschaft zu betonen. Wenn dies gelingt, besteht eine Chance, Verständnis zu schaffen und wieder mehr Unterstützer: innen für unsere Demokratie zu gewinnen. Diese Studie ist dabei als Impuls zu sehen, der auf die abgezeichneten Entwicklungen und mögliche Handlungsfelder in Politik, Gesellschaft und Medien aufmerksam macht.

## “Wie wir *wirklich* leben” als Teil der *Corporate Democratic Responsibility* von Philip Morris

Die Demokratie zu verteidigen und zu stärken ist das zentrale Anliegen der Studie „Wie wir *wirklich* leben“. Im Jahr 2020 haben wir die Studie angesichts des Gefühls der Gefahr einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung erstmalig gemeinsam mit dem rheingold Institut aus Köln durchgeführt.

Die erste Auflage der Studie hat sich mit der Frage beschäftigt, wie zufrieden die befragten Bürger:innen in Deutschland mit der eigenen Lebenswirklichkeit und dem politischen System sind. Aus den Ergebnissen wurden fünf Erwartungstypen erstellt, die die befragten Bürger:innen anhand der Einschätzung ihrer Lebenssituation und der Demokratie-Zufriedenheit kategorisieren. Die Erwartungstypen werden, wie bereits im vorangehenden Methodenteil erörtert – unabhängig vom jeweiligen thematischen Fokus der Studie – jedes Jahr gebildet, um Veränderungen hinsichtlich der Verteilung beobachten zu können.

Anlässlich der Bundestagswahl fokussierte sich die Studie im Jahr 2021 darüber hinaus auf das Wahlverhalten und die Wahlmotive von Bürger:innen. Unser Anliegen war herauszufinden, weshalb sich Bürger:innen der Wahl enthalten, um so mögliche Ansätze, mehr Bürger:innen zur Wahl zu motivieren, ableiten zu können. Die Studie sollte so dazu beitragen, Wahlen und vor allem Wahlbeteiligung als konstitutives Element von Demokratien hervorzuheben, das dauerhaft gestärkt und dessen Wert in der Bevölkerung anerkannt werden sollte.

Die Diskussionen der letzten krisenreichen Jahre haben uns gezeigt, dass die Studie „Wie wir *wirklich* leben“ auch in diesem Jahr sinnstiftend war: Unser Anspruch ist es auch in diesem Jahr, Impulse für ein offenes Miteinander und eine Integration aller in den öffentlichen Diskurs zu geben und damit zu einer Diskussion beizutragen, die Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit schafft.

Die Studie ist insgesamt Teil unseres Engagements für die Stärkung unserer Demokratie – von uns zusammengefasst unter dem Begriff der *Corporate Democratic Responsibility*. Angesichts aktueller Krisen und gesellschaftlicher Problemlagen unterstützen und fördern wir den Gedanken, dass Unternehmen ihre Rolle in der Gesellschaft überdenken müssen. Auch wirtschaftliche Akteure müssen sich für die Stärkung unserer Demokratie und ihrer Institutionen einsetzen, die über die letzten Jahre zunehmend unter Druck geraten ist. Neben der Studie „Wie wir *wirklich* leben“ bilden verschiedene von uns ins Leben gerufene

Initiativen und Auszeichnungen einen festen Bestandteil unserer *Corporate Democratic Responsibility*, so beispielsweise der Kunstförderpreis *The Power Of The Arts*, unser Preis *Power for Democracy* für herausragendes demokratisches Engagement oder unserer Kampagne für mehr Beteiligung an der Bundestagswahl 2021.

Akkerman, A., Mudde, C., & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. In: *Comparative political studies*, 47(9), 1324-1353.

Brennan, J. (2017). *Against democracy*. Princeton University Press

Bertsou, E., & Caramani, D. (2020). *The technocratic challenge to democracy*. Routledge.

Canovan, M. (1999). Trust the people! Populism and the two faces of democracy. In: *Political studies*, 47(1), 2-16.

Castanho Silva, B., Jungkuz, S., Helbling, M., & Littvay, L. (2020). An empirical comparison of seven populist attitudes scales. In: *Political Research Quarterly*, 73(2), 409-424.

Decker, F., Best, V., Fischer, S., & Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik*. Friedrich Ebert Stiftung. Verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf> (27.10.2022)

Engesser, S., Fawzi, N., & Larsson, A. O. (2017). Populist online communication: Introduction to the special issue. In: *Information, communication & society*, 20(9), 1279-1292.

Lewandowsky, M., Giebler, H., & Wagner, A. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 247-275.

Mudde, C. (2004). The populist zeitgeist. In: *Government and opposition*, 39(4), 541-563.

Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2013). Exclusionary vs. inclusionary populism: Comparing contemporary Europe and Latin America. In: *Government and opposition*, 48(2), 147-174.

Mudde, C., & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A very short introduction*. Oxford University Press.

Münkler, L. (2020). *Expertokratie: zwischen Herrschaft kraft Wissens und politischem Dezisionismus* (Vol. 292). Mohr Siebeck.

Rooduijn, M. (2019). State of the field: How to study populism and adjacent topics? A plea for both more and less focus. In: *European Journal of Political Research*, 58(1), 362-372.

Schmitt, J. B., Ernst, J., Frischlich, L., & Rieger, D. (2017). Rechtsextreme und islamistische Propaganda im Internet: Methoden, Wirkungen und Präventionsmöglichkeiten. In: *Politischer Extremismus im Vergleich*, 3, 171

Schulz, A., Müller, P., Schemer, C., Wirz, D. S., Wettstein, M., & Wirth, W. (2018). Measuring populist attitudes on three dimensions. In: *International Journal of Public Opinion Research*, 30(2), 316-326.

Wirth, W., Esser, F., Wettstein, M., Engesser, S., Wirz, D., Schulz, A., & Müller, P. (2016). The appeal of populist ideas, strategies, and styles: A theoretical model and research design for analyzing populist political communication. NCCR democracy Working Paper series, (88).

Philip Morris GmbH  
Am Haag 14  
82166 Gräfelfing

**Projektleitung**

Stephan Röckemann  
Leiter Konzernrepräsentanz  
GovernmentAffairsBerlin.PMG@pmi.com

**Geschäftsführung**

Markus Essing (Chairman / Vorsitzender), Rafael de Gendt,  
Dimitrios Karampis, Claudia Oeking, Jörg Zangen,  
Markus Schöngassner, Karolina Vozgirdaite

Eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München  
unter HRB 49432, USt ID: DE 129 444 528

**Kontakt**

Tel.: +49 89 7247 0  
E-Mail: Kontakt.PMG@pmi.com

**Konzept und Gestaltung**

BOROS



PHILIP MORRIS GMBH